

"Offenheit" ein dunkles Kapitel

Regierungsinterne Konflikte um deutsche NVA-Schiffe führen zu Zeitschriftenverbot –

Wachsender Widerstand gegen Präsident Suharto in Indonesiens Elite

Als "blutigen Montag" bezeichneten internationale Menschenrechtsorganisationen das gewaltsame Vorgehen des indonesischen Militärs gegen eine friedliche Demonstration am 27. Juni in Jakarta. Ca. 300 Künstler, Journalisten und Studenten aus verschiedenen Städten Javas hatten gegen das Verbot von drei renommierten Zeitschriften protestiert und Meinungsfreiheit gefordert. Ohne Vorwarnung attackierten indonesische Spezialeinheiten mit Schlagstöcken und Fußtritten eine Gruppe von Demonstranten sowie einige Pressephotographen. Einige Personen wurden am Kopf verletzt; der Maler Semsar Siahhan mußte wegen schwerer Verletzungen an seinen Beinen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Ca. 60 Personen wurden festgenommen, darunter der bekannte Lyriker und Dramatiker Rendra, der mit seiner Theatergruppe eine Dichterlesung abhielt. "Wir wollten nur protestieren", sagte er, als er von den Sicherheitskräften abgeführt wurde. Bereits am 28.6. ergingen Urteile zu Gefängnisstrafen von 3–5 Tagen. 15 Inhaftierte wurden gegen eine geringe Geldbuße wieder auf freien Fuß gesetzt.

Große Lücken in Indonesiens Medienlandschaft

Das Verbot der zwei wichtigsten politischen Zeitschriften Indonesiens, "Tempo" und "Editor", sowie der Wochenzeitung "Detik" war am 21.6. erlassen worden. In den Redaktionsstuben der drei Blätter herrschte daraufhin pures Entsetzen. "Wann werden wir endlich erwachsen", fragte ein Tempo-Journalist. "Ich betrachte mich als Nationalisten. Bislang habe ich die Regierung immer in Schutz genommen. Aber das kann ich jetzt nicht mehr." Die Journalisten wollten nicht glauben, daß nach der kurzen Phase der neuen "Offenheit", die zu betonen Präsident Suharto in langen politischen Reden nicht müde wird, die Grenzen der Pressefreiheit so schnell erreicht werden konnten. "Offensichtlich wird die 'Offenheit' im Sinne von Verlautbarungsjournalismus verstanden", empört sich "Tempo"-Chefredakteur Fikri Jufri, der die versprochene Liberalisierung in Sachen Meinungsfreiheit als "dunkles Kapitel" in der Geschichte der letzten Jahre bezeichnet.

"Tempo" gehörte seit 1971 zum ständigen Angebot indonesischer Zeitschriftenkioske und -händler und hinterläßt dort eine große Lücke. Es war das indonesische "Newsweek" oder der indonesische "Spiegel". Mit einer Auflage von 200 000 Exemplaren (pro Exemplar si-

cherlich 15 Leser!) galt es als das Diskussionsforum der politisch interessierten und engagierten Mittelklasse. Liberale Intellektuelle, wie der Dichter Emha Ainun Nadjib oder der Soziologe Arif Budiman, kamen regelmäßig in Kolumnen zu Wort. "Tempo" war kein regierungskritisches Organ, gewährte durch seine detaillierte und sachliche Berichterstattung jedoch einen guten Überblick über die politischen Geschehnisse in Indonesien. Die LeserInnen hatten die Freiheit, ihre Schlüsse selbst zu ziehen.

So sagte mir einmal ein indonesischer Intellektueller: "Wenn Du die Aussagen von Tempo wirklich verstehen willst, mußt du nicht nur die Sprache zwischen, sondern auch die hinter den Zeilen verstehen." Die Lektüre von "Tempo" pflegte dem kritischen Leser häufig den Eindruck zu vermitteln, daß die Verfasser der Artikel im Hinterkopf dasselbe dachten wie man selbst und die – nicht geäußerte – eigene Meinung hinter tausend Einzelheiten versteckten.

"Tempo" war bereits zweimal – 1974 und 1982 – verboten worden, konnte jedoch beide Male wieder erscheinen. Seit 1982 hat es nach Angaben des Informationsministeriums sechs schriftliche und 33 mündliche Verwarnungen für das Blatt gegeben.

Mit einer Auflage von knapp 90.000 Exemplaren mußte sich das Wochenblatt "Editor" vom indonesischen Zeitschriftenmarkt verabschieden, auf dem es über

zehn Jahre seinen Platz gehabt hatte. Während im "unabhängigen" Editor gelegentlich Kritik an der Regierung laut geworden war, hatte das Wochenblatt "Detik" am deutlichsten versucht, die Grenzen von Suhartos "Offenheit" auszutesten. Detik war gerade ein gutes Jahr auf dem Markt, preiswerter als die z.T. in Hochglanz gedruckten Konkurrenten und hatte bereits eine Auflage von 450 000 Exemplaren. "Detik war das Blatt", so ein indonesischer NROler, "auf das die Studenten und andere politisch Aktive schon lange gewartet hatten. Dort konnten wir endlich lesen, was wir lesen wollten!" Das Blatt galt als "Meister" in Sachen Pressefreiheit. Sein Verbot war für Experten das "vorhersehbarste".

Unmittelbar nach diesem Schlag gegen die indonesische Presse, der in der Öffentlichkeit wie kein Akt von Zensur zuvor kritisiert worden war, gab es bereits Spekulationen darüber, ob die Zeitschriften unter neuem Namen wieder erscheinen würden. Bekanntes Beispiel dafür: Der 1986 verbotene "Sinar Harapan" (Hoffnungsschimmer) erschien kurz nach seinem unfreiwilligen Einstellen unter dem Namen "Suara Pembaruan" wieder. Voraussetzung für das Wiederscheinen eines verbotenen Organs ist nicht nur ein neuer Name, sondern auch neue Herausgeber und ein neues Management.

Offensichtlich wird auf die Besitzer der drei Zeitschriften sogar Druck ausgeübt, um eine neue Lizenz zu bitten und sich damit öffentlich dem vom Informationsministerium geforderten Anpassungsdruck zu beugen. "Tempo"-Chef Gunawan Muhammad will davon nichts wissen. Er vergleicht den Herausgeber eines Nachrichtenmagazins in Indonesien mit dem Piloten eines entführten Flugzeugs: "Machst du nur den kleinsten Fehler, wird das Flugzeug explodieren ... Aber nachdem dein Flugzeug in die Luft gegangen ist, mußt du immer noch vorsichtig sein, denn dann bekommst du ein neues Flugzeug mit neuen Entführern." Noch schärfer formulierte "Detik"-Gründer Djarot seine Meinung, daß er nur unter alten Konditionen die Publikation wieder auf den Markt bringen würde: "Wir haben uns lange genug für dumm verkaufen lassen."

Still ist es nur beim "Editor", der von ehemaligen "Tempo"-Journalisten gegründet worden war und sich mangels politischer und wirtschaftlicher Unterstützung in schwierigen finanziellen Problemen befand.

"Mißachtung journalistischer Ethik"

Die offiziellen Begründungen für das Verbot der drei Zeitschriften trafen nur zum Teil den Kern der Sache. Für "Editor" und "Detik" wurden formale Gründe

herangezogen. Beim "Editor" sei Verlagsleitung und Chefredaktion nicht mehr mit den Personen identisch, auf die die Lizenz ausgestellt worden sei, während "Detik" allgemeine und politische Nachrichten veröffentlicht habe, obwohl die Lizenz nur für Detektivgeschichten, Kriminalfälle o.ä. gegolten habe, so verlautet es aus dem Informationsministerium.

in einer Angelegenheit nationaler Sicherheit gegeneinander ausgespielt zu haben. Es handelte sich um den Konflikt zwischen Forschungsminister Habibie und Finanzminister Marie Muhammad über den Erwerb der 39 Kriegsschiffe aus altem NVA-Bestand.

Über das Millionengeschäft mit der deutschen Bundesregierung, das Habibie

schlugen sich in einem Leitartikel von "Tempo" nieder, in dem sich Gunawan Muhammad u.a. über die "Individualisierung" der indonesischen Politik beklagte.

Dies nahm Präsident Suharto noch vor dem Verbot der Zeitschriften zum Anlaß heftiger Kritik darüber, daß Regierungsmitglieder gegeneinander ausgespielt würden. Dies gefährde die politische Stabilität und könne für die betroffenen Presseorgane erhebliche Folgen haben.

Gleichzeitig stellte sich Suharto vor seinen Schützling Habibie. Er habe den Minister mit der langen Deutschland-Erfahrung persönlich mit den Verhandlungen betraut. Er gab zu, das Militär nicht über den Deal informiert zu haben, da ihn Bundeskanzler Kohl um eine schnelle Entscheidung gebeten hatte. "Wir sollten daraus keine große Affäre machen", betonte Suharto in einer Rede am 9.6. "Sicherlich haben wir nicht so gehandelt, weil wir dem Verteidigungsministerium und der Armee nicht vertraut haben."

Die Wiedergabe dieser Rede führte letztlich zum Verbot von "Tempo", der bislang einflußreichsten Zeitschrift Indonesiens.

Suhartos politische "stabilitas" zeigt Risse

Sowohl die Rechtfertigung des NVA-Geschäfts und die Verteidigung seines Schützlings Habibie als auch das Verbot der Zeitschriften rufen einmal mehr all die Analytiker auf den Plan, die regelmäßig die Fieberkurve der Machtposition von Präsident Suharto zeichnen.

Schon seit einiger Zeit ist sich Suharto der Unterstützung des Militärs, das in der Regierung vor allem von Vizepräsident Try Sutrisno repräsentiert wird, nicht mehr sicher. Die Armee ist unzufrieden mit dem nach ihrer Ansicht zu niedrigen Militäraushalt und der zu geringen Personaldecke. Gemessen an der Bevölkerungszahl hat Indonesien die kleinste Armee in allen ASEAN-Staaten. Mit dem Erwerb der NVA-Schiffe und insbesondere dem Versprechen, einen neuen Flotten-Stützpunkt zu errichten, versuche Suharto nach Ansicht von Beobachtern die – bislang eher wenig beachtete – Marine auf seine Seite zu ziehen, aus den Armen der mächtigen Landstreitkräfte um Sutrisno und dessen engem Verbündeten, dem ehemaligen Verteidigungsminister Benny Murdani.

Außerdem sieht die Armee ihre langjährige politische Machtposition – als Doppelrolle der Armee im militärischen und politischen Bereich unter dem Namen "dwifungsi" bekannt – immer mehr schwinden. Dazu kommt, daß angesichts des Anwachsens (ziviler) wirtschaftlicher Konglomerate, nicht zuletzt in der Suharto-Familie selbst, auch der Einfluß auf die ökonomische Entwicklung des Landes und den damit verbundenen Ver-



Der Maler Semsar Siahaan mußte wegen schwerer Beinverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Foto: INDOK-Release

Anstoß für das "Editor" Verbot hat mit Sicherheit ein am 2. Juni veröffentlichtes Interview mit George Aditjondro, Dozent der Satya Wacana Universität in Salatiga, gegeben. Das Interview bezog sich auf das Verhalten der indonesischen Regierung zu der Ost-Timor-Konferenz vom 31.5. – 4.6. in Manila (Abdruck dieses Interviews in SOAI 2/94, S. 51). Zu dieser Konferenz waren auf Druck der indonesischen Regierung die internationalen Teilnehmer, darunter Vertreter von Menschenrechtsorganisationen und die französische Präsidentengattin Danielle Mitterand, nicht zugelassen worden.

In "Detik" erschienen gelegentlich Artikel, die aus Kreisen der indonesischen Streitkräfte lanciert und in denen Geschütze zu den Präsidenten abgefeuert wurden. Aufsehen erregte z.B. ein (offizielles) Interview mit General Sembiring, einem geborenen Bataker, der im November letzten Jahres betonte, daß das indonesische Militär die Präsidentschaft eines Mannes, der nicht den Streitkräften angehöre, nie zulassen würde. Sembirings Aussage bezog sich auf Forschungsminister Habibie, der als einer der engsten Vertrauten Suhartos gilt und in den Spekulationen um die Nachfolge des Präsidenten hoch gehandelt wird.

Eng mit der Person von Habibie verbunden ist auch das Verbot von "Tempo", das mit der Verletzung des journalistischen Ethik-Kodex begründet wurde. Vorgeworfen wurde dem Blatt vor allem, zwei Mitglieder der Regierung

bereits 1992 in die Wege geleitet hatte, wurde in den SOAI bereits ausführlich berichtet (s. SOAI 3 und 4/93). Für 20 Millionen DM hatte Bonn den Großteil der ehemaligen DDR-Flotte nach Indonesien verkauft. Was auf den ersten Blick wie ein Schnäppchen aussah, erwies sich jedoch als Faß ohne Boden: Weitere 1,1 Milliarden US-Dollar soll Habibie vom Finanzministerium für den Ausbau eines Hafens sowie einer Werft, für die Herstellung der Hochseetauglichkeit der NVA-Schiffe sowie deren Überführung nach Indonesien gefordert haben. Auf 319 Mio. US-Dollar wollte Finanzminister Marie Muhammad diese Folgekosten begrenzt wissen. Habibie bestand zunächst auf 482 Mio., ließ sich dann auf die Forderung ein und mußte sein Programm erheblich abspecken.

Als eines der Schiffe Anfang Juni bei der Überführung wegen Überladung vor der spanischen Küste zu sinken drohte, kam das umstrittene Habibie-Geschäft erneut in die Diskussion. Kritisiert wurde der Alleingang des Ministers. Die Armee wehrte sich gegen die Einmischung Habibies in militärische Angelegenheiten. Mit dem Erwerb der NVA-Flotte blockiere Habibie nicht nur auf Jahre einen großen Teil des Militärbudgets, sondern schreibe der Armee gleichzeitig vor, mit welchen Schiffen sie zu operieren habe.

Die Kritik des Militärs an der mangelnden Informationspolitik Habibies und die Klagen des Finanzministers über die Kostenexplosion des Geschäfts

teilungskampf schwindet. Daraus resultiert ein massiver Konflikt zwischen einem Großteil des Militärs auf der einen und den zivilen Kräften im Lande auf der anderen Seite.

Die Regierungspartei GOLKAR wird nicht mehr vorbehaltlos vom Militär unterstützt und verspürt somit erstmals in ihrer Geschichte den Zwang zu politischer Programmatik! Andererseits sieht sich das "Bündnis funktionaler gesellschaftlicher Gruppen", wie sich GOLKAR versteht, zur Durchsetzung der Interessen der Ministerialbürokratie mißbraucht.

Die legalen "Oppositionsparteien", die demokratische PDI und die islamische PPP, versuchen – u.a. mit der Nominierung eigener Präsidentschaftskandidaten – ihre Macht zu stärken, wobei sie sich in verstärktem Maße der Massenmedien bedienen.

Eine dritte Ebene für die Risse in Suhartos Machtapparat, der so viele Jahre gut funktioniert hat, ist die Unzufriedenheit in der Region. Wurden früher die präsidentialen Anordnungen über Gouverneur, Distriktchef bis zum Dorf-Bürgermeister oder zum städtischen Blockwart gehorsam befolgt, rührt sich heute zunehmender Widerstand auf lokaler Ebene. Kritik an der zentralistischen Politik aus Jakarta üben nicht nur widerpenstige Bataker aus dem fernen Norden Sumatras, sondern auch javanische Bürgermeister: Man fühlt die regionalen Interessen nicht mehr vertreten, ja die eigenen Ressourcen von der Zentrale schamlos ausgebeutet.

Alle Gruppen der Elite, die auf zunehmenden Konfrontationskurs zu Suharto gehen, bedienen sich dabei zur Durchsetzung ihrer Interessen der Strömungen, denen quasi "offiziell" das Etikett der Opposition anhaftet: NROs, Studenten und Arbeiterbewegte, fortschrittliche Intellektuelle etc. stehen den Umarmsungsversuchen örtlicher Militärs oder Parteipolitiker dabei durchaus kritisch gegenüber.

All diese Strömungen und Konflikte haben sich mehr und mehr in der indonesischen Medienlandschaft niederschlagen. Dadurch begann eine politische "Streitkultur" zu entstehen, die an die Grenzen von Suhartos Offenheit stoßen mußte. Auch zum diesjährigen Nationalfeiertag am 17. August betonte der Präsident, daß unterschiedliche Meinungen zum Wesensmerkmal einer Demokratie gehörten. Das Austragen der Differenzen müsse sich jedoch an gewisse Spielregeln halten, sonst bestehe die Gefahr von Anarchie.

Es entspricht absolut nicht Suhartos Verständnis von Pressefreiheit, daß Machtkonflikte auf höchster Ebene an die Öffentlichkeit kommen und sich gar die rivalisierenden Fraktionen der Massenmedien bedienen, um – wie in westlichen Demokratien eine Selbstverständlichkeit

– ihre Popularität bei der Bevölkerung zu stärken. Slogans wie "nationale Stabilität" und "nationaler Aufbau", für die Suharto seit Jahrzehnten in den Massenmedien zu stehen hatte, könnten in den internen Zwistigkeiten zum bloßen Etikett von Machtgier verkommen. Eine Stärkung der oppositionellen Kräfte im Sinne eines "Trickle-down-Effekts" zur Bevölkerung ist die Folge. Dies hat sich in den zahlreichen Demonstrationen von Studenten, Arbeitern und Opfern von Landkonflikten in der letzten Zeit bereits geäußert.



... Opfer des Konflikts um die NVA-Schiffe

Wirtschaftliche Liberalisierung

Suharto, Habibie und die ihnen bislang nahestehenden Kreise müssen in der Tat einen schwierigen Balanceakt ausführen. Die scharfe Zensur der indonesischen Presse, die auch in Kreisen der Wirtschaft zutiefst bedauert wurde, zeigt die Schwierigkeiten des Präsidenten mit der politischen Liberalisierung.

Werden jedoch auf der einen Seite die Zügel angezogen, werden sie auf der anderen Seite gelockert: Alljährlich kurz vor dem Treffen des internationalen Geldgeberkonsortiums Consultative Group on Indonesia (CGI), in dem die Kredite für Indonesien ausgehandelt werden, pflegt Jakarta neue Erleichterungen für die Wirtschaft bekanntzumachen. In diesem Jahr, in dem Indonesien nach

zahlreichen Banken Krisen und einer Auslandsverschuldung von 90 Mrd. US\$ allmählich in eine gefährliche Zone gerät, wurde die weitere Öffnung des Landes für ausländische Investoren verkündet. So können Ausländer künftig überall in Indonesien investieren und die Alleinverfügung über ihr Unternehmen während 30 oder gar mehr Jahren behalten. Bislang war das nur in ausgewählten Industriezonen möglich. Zusätzlich wurde die Bildung von Joint Ventures erheblich erleichtert. Auch gegen diese Deregulierungsmaßnahmen hagelte es in Indonesien Proteste, die nicht nur aus der oppositionellen Demokratischen Partei, sondern auch aus Regierungskreisen kamen.

Die Kreditgeber haben sich bei ihrer Sitzung Anfang Juli in Paris von den Liberalisierungsmaßnahmen mehr blenden lassen als von den massiven internationalen Protesten gegen die Pressezensur und das Verhalten der Regierung bei der Osttimor-Konferenz in Manila. Die Kredite (s.a. Nachrichtenteil) stiegen um 1,7% (inflationbedingte Verluste: 4,5%). Am meisten legten Spanien und England zu; größtes Geberland bleibt Japan.

Indonesiens Entscheidung für die Investitionserleichterungen ist sicher stark durch die Tatsache beeinflusst, daß ausländische Investitionen nicht mehr in dem Ausmaß fließen, in dem sie für eine solide Entwicklung der nicht auf Erdöl basierenden Industrie benötigt werden. Zwar steigen die Absichtserklärungen internationaler Unternehmen, sich in Indonesien zu engagieren, aber nicht die Zahl der verwirklichten Projekte.

Suhartos Zukunft wird davon abhängen, wie er den Balanceakt zwischen der für die internationale Wettbewerbsfähigkeit notwendigen politischen "Offenheit" und dem, was er innenpolitisch zuzulassen bereit ist, übersteht.

**Erika Jung
in Zusammenarbeit mit Agus Setiawan**

Die Verfasser sind freie Mitarbeiter der Südostasien-Informationsstelle

Quellen:

- Deutliche Liberalisierung in der Industrie Indonesiens. In: Neue Zürcher Zeitung vom 6.6.1994*
- Dietmar, Carl: DDR-Kriegsschiffe bringen Jakarta in heftige Turbulenzen. In: Kölner Stadt-Anzeiger vom 28.6.1994*
- Hidden Currents. Army brass keep an eye on new political alignments. In: FEER v. 18.8.1994, S. 27f*
- Kompas vom 9.7. und vom 18.8.1994*
- Lost for Words. Protests and questions about a media crackdown. In: AW v. 6.7.1994, S. 18f*
- McBeth, John: Opening up. Indonesia moves to attract foreign investors. In: FEER v. 16.6.1994, S. 72*
- ders.: Stop Press. Media ban stymies politics of openness. In: FEER v. 30.6., S. 17*
- ders.: Rude Awakening. Press ban shoc the emerging middle class. In: FEER v. 7.7.94, S. 18-20*
- Three major weeklies closed by Suharto. In: TAPOL, No. 124, August 1994, S. 1-4*